

**Zeitschrift:** Burgdorfer Jahrbuch  
**Herausgeber:** Verein Burgdorfer Jahrbuch  
**Band:** 25 (1958)  
  
**Artikel:** Die Burgdorfer Abordnung an die Konsulta in Paris  
**Autor:** Rufer, Alfred  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1076203>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die Burgdorfer Abordnung an die Konsulta in Paris

ALFRED RUFER

## I.

Die Verfassung von 1798 führte in Helvetien die Einheitsrepublik und die repräsentative Demokratie mit dem allgemeinen Wahlrecht ein. Erstmals in der Geschichte wählten die Bürger des ganzen Landes in allgemeinen, freien, indirekten Wahlen ihre Vertreter. Gewählt wurden fast durchwegs Männer der Revolution. Die Macht ging von der Aristokratie an das Bürgertum, von den Städten an die Landschaft über.

Die neuen Behörden traten mit großem Optimismus an den staatlichen und gesellschaftlichen Neubau heran. Ein Auflagengesetz führte die allgemeine Steuerpflicht ein; direkte und indirekte Steuern hielten sich das Gleichgewicht, Grundbesitz und Kapital waren gleichmäßig belastet. Zehnten und Grundzinse konnten zu billigen Bedingungen von den Pflichtigen abgelöst werden. Das Gemeindewesen wurde in vorbildlicher Weise geregelt; neben der Ortsbürgergemeinde, der die Verwaltung des Gemeindegutes oblag, entstand die politische Gemeinde.

Leider aber sollte die unerläßliche Voraussetzung für das Gelingen des Reformwerkes fehlen: die Erhaltung des Friedens.

Infolge der Offensivallianz mit Frankreich wurde Helvetien in den 2. Koalitionskrieg hinein gerissen. Die Franzosen zogen nicht ab, vermehrten sich vielmehr und lebten teilweise auf Kosten des Landes. Die Regierung stellte eine zahlreiche Truppenmacht auf. Die Ost-, Zentral- und Südschweiz fielen in die Gewalt der Austrorussen.

Nach den Herbstsiegen befanden sich die befreiten Gebiete in trostlosem Zustande. Die Westschweiz hingegen hatte kaum gelitten. Aber überall war die Liquidation der Zehnten eingestellt worden. Auch das neue Steuergesetz war auf große Schwierigkeiten gestoßen. Es stellte auf die Selbsttaxation ab, also auf die Ehrlichkeit der Steuerzahler; diese war jedoch nicht groß; der Staat wurde in schamloser Weise betrogen. Die Verwaltung funktionierte schlecht. Industrie und Handel lagen darnieder. Die Republik mußte ihre schönen Reformpläne zurückstellen und um ihr nacktes Leben kämpfen. Die Herstel-

lung der Ordnung und staatlichen Autorität, die Sanierung der öffentlichen Finanzen usw. erforderten eine Konzentration der Kräfte.

Statt sich zu diesem Zwecke zu vereinigen, entzweiten sich die Parteien immer mehr. Laharpe, der Führer der Mehrheit im Direktorium, trat für revolutionäre Maßnahmen ein. Er wollte eine Reorganisation der Verwaltung und sie von den gegenrevolutionären Elementen säubern. Er plante eine Justiz- und Wirtschaftsreform und die Aufstellung einer bewaffneten Macht zur Darniederhaltung der innern Gegner. Zur Ueberwindung der Finanznot wollte er den Besitz und die Städte heranziehen, die Bauern und die Besitzlosen dagegen schonen. Die Räte sollten in die Ferien gehen, vorher aber einen Ausschuß bestellen, mit dem die Regierung die rettenden Maßnahmen ergreifen würde. Laharpe zielte auf eine Linksdiktatur hin, und es besteht kein Zweifel, wäre er durchgedrungen, so würde Helvetien eine soziale Revolution erlebt haben. Aber seine Pläne verbreiteten Schrecken unter den Besitzenden, die bereits durch den lauten Ruf der Armen nach Brot und Verdienst geängstigt waren. Die Reichen schlossen sich zusammen zur Abwehr. Die Städter und Kapitalisten, die unter der alten Ordnung keine Steuern bezahlt hatten, zeigten auch jetzt wenig Bereitschaft, dem Staate aufzuhelfen, ebenso wenig wie die Bergkantone, die früher ebenfalls keine Steuern kannten.

In den Räten hatten sich die Revolutionsfreunde gespalten in eine radikale Linke, die Patrioten, die die Interessen der Zehntenbauern verfochten, und in eine gemäßigte Rechte, die Republikaner, die das liberale Bürgertum der Städte und die ländlichen Industrie- und Handelskreise vertraten. Die Republikaner näherten sich den Altgesinnten. Sie machten aus Laharpes verfassungsmäßigem Vertagungsbegehre eine Verschwörung gegen die Volksrepräsentation und gewannen so die Mehrheit in den Räten. Am 7. Januar 1800 wurden Laharpe, Secretan und Oberlin gestürzt, das Direktorium selbst aufgelöst, an dessen Stelle ein Vollziehungsausschuß eingesetzt, der aus 4 Republikanern und 3 gemäßigten Aristokraten bestand.

Mit diesem Erfolg gaben sich die Sieger vom 7. Januar nicht zufrieden. Ihr nächster Schritt sollte darin bestehen, die sogenannte Bauernherrschaft zu stürzen und ihre eigene Diktatur aufzurichten. Da sie dieses Ziel nicht durch eine Verfassungsrevision erreichen konnten, so arbeiteten nun auch sie auf eine Vertagung der Räte hin. Sie gewannen dafür die Unterstützung des Ersten Konsuls, der immerhin empfahl, den Weg der Legalität nicht zu verlassen. Die Republikaner und der Vollziehungsausschuß aber schritten wieder

zum Staatsstreich. Die Räte wurden am 7. August 1800 aufgelöst. Die Verschwörer stellten eine Liste von 35 Gesetzgebern auf, der Vollziehungsausschuß ernannte 8 weitere, und die 43 wählten hernach einen Vollziehungsrat von 7 Mitgliedern: 4 Republikanern und 3 Aristokraten.

Durch die beiden Staatsstreiche war die Verfassung gebrochen, das aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangene demokratische Regiment beseitigt, die Volkspartei aus den obersten Behörden ausgeschlossen, die Feudalgegenden waren ihrer rechtmäßigen Vertreter beraubt und die Macht usurpiert von der republikanischen Minderheit und der gemäßigten Rechten. Die Revolution paktierte mit der Gegenrevolution, öffnete dieser den Zugang zur Macht und schaufelte sich derart selbst das Grab. Damit schließt die erste Periode der Helvetik, die Periode der repräsentativen Demokratie. Es beginnt die Periode kollektiver Diktaturen und der politischen und sozialen Reaktion.

Das neue Regiment schaffte die Volkswahlen ab, säuberte die Verwaltung von unzuverlässigen Elementen, ersetzte sie durch Städter und ehemalige Privilegierte, verbot Volksvereine und Volksversammlungen, verschärfte die Zensur usw. Der Klassencharakter des Regiments zeigte sich ferner darin, daß es die öffentlichen Lasten wieder auf die Landwirtschaft abwälzte. Die Zehnten wurden wieder eingeführt. Das Finanzgesetz vom 15. Dezember 1800 unterwarf das Grundeigentum einer doppelt so starken Steuer als das Industrie- und Handelskapital. Die Landwirtschaft war nun doppelt belastet.

Natürlich suchten die Behörden ihre usurpierte Herrschaft in einer Verfassung zu verankern. Am 8. Januar 1801 kam ein Plan zustande, der Helvetien einer Wahlaristokratie liberaler Prägung unterwarf. Minister Rengger trug den Plan nach Paris, damit der Erste Konsul Bonaparte ihn genehmige und anläßlich des bevorstehenden Friedensschlusses auch von Oesterreich genehmigen lasse. Derart von beiden Nachbarmächten sanktioniert, würde das Projekt, hoffte die Regierung, auch die Zustimmung des helvetischen Volkes erhalten. Bonaparte taxierte den Plan jedoch als elende Nachäfferei der französischen Konsularverfassung, bestimmt, das Volk zu entrechten. Er setzte ihm ein Projekt entgegen, das von ihm selbst und Glayre und Stapfer, den helvetischen Gesandten, entworfen war. Es ist die Verfassung von Malmaison. Sie macht aus der Schweiz einen Bundesstaat. Neben der Zentralgewalt erhalten die 17 Kantone eine besondere Organisation. Als Organ des nationalen Willens erscheint eine Tagsatzung von 77 Gliedern, von den Kantonen nach Maßgabe ihrer Volkszahl ernannt. Träger der Einheitsidee sind der Senat, bestehend aus 25 Mitgliedern, und eine Exekutive, der Kleine Rat. Die Verfassung ist weniger demokratisch als die von 1798. Die Wählbarkeits-



bedinge sind vom Besitz eines bestimmten Vermögens abhängig gemacht. Davon abgesehen behielt die Verfassung die guten Elemente derjenigen von 1798 bei. Der gesetzgebende Rat stimmte ihr am 29. Mai zu.

Nun folgten die Wahlen für die kantonalen Tagsatzungen. Wahlbehörde für die Bezirkswahlmänner, die die Mitglieder der Kantonstagsatzungen zu wählen hatten, waren die Munizipalitäten. Das Volk erhielt jetzt Gelegenheit, durch die Stimme seiner Gemeinderäte seinen Willen kund zu geben. Die seit einem Jahr von oben herab verpönten Worte Volkssouveränität, Freiheit und Gleichheit kamen wieder in Schwung. Die Wahlen standen im Zeichen der Auflehnung gegen das autoritäre städtische Regiment. Die Besiegten vom 7. Januar und 7. August erlebten eine glänzende Revanche. Die Koryphäen von 1798, die Gegner der Privilegierten, der Erb- und Wahlaristokratie, kurz die Demokraten, gingen siegreich aus den Wahlen hervor.

Nachdem die Kantonstagsatzungen die Mitglieder der helvetischen Tagsatzung gewählt hatten, vereinigte sich diese im September in Bern. Statt jedoch die Verfassung vom 29. Mai lediglich zu sanktionieren, nahm sie daran verschiedene Veränderungen vor, im Sinne einer Verstärkung der Zentralgewalt. Damit beging sie einen verhängnisvollen Fehler. Durch die unveränderte Annahme der Verfassung vom 29. Mai hätte sie dafür die Garantie des Ersten Konsuls erlangt, und Föderalisten und Aristokraten hätten sich fügen müssen. Der Entwurf der Tagsatzung dagegen führte zum Bruch mit den Reaktionären. Diese gewannen den französischen Minister und den französischen General; mit Hilfe der Militärgewalt lösten sie am 27. Oktober die Tagsatzung auf und setzten die Verfassung vom 29. Mai in Kraft. Am 28. Oktober wurde ein Senat gewählt, der ausschließlich Aristokraten, Föderalisten und einige Ueberläufer aus dem Lager der Revolution aufwies. Nachdem am 7. August 1800 die Volkspartei gestürzt worden war, hatte dasselbe Schicksal nun auch die Republikaner erreicht. Reding wurde zum ersten, Frisching von Rümligen zum zweiten Landammann gewählt. Diese Wahl besiegelte die Allianz zwischen der Oligarchie der ehemaligen souveränen Städte und derjenigen der Bergkantone. Die Gegenrevolution war am Ruder.

Aber das Oktoberregiment wurde am 17. April 1802 von den Republikanern wieder gestürzt. Eine Notabelnversammlung nahm am 25. Mai eine von Rengger und dem französischen Gesandten entworfene Verfassung an. Es ist die zweite helvetische Verfassung, eine Nachbildung und Ergänzung derjenigen von Malmaison. Sie wurde von 16 Kantonen gutgeheißen. Am 3. Juli vereinigte sich der Senat in Bern. Die Liste der Senatoren war von der Re-

gierung zugleich mit der Verfassung dem Volke lediglich zur Bestätigung unterbreitet worden, eine Wahlart, die so undemokratisch als möglich war. Am 5. Juli bestellte der Senat die Regierung. Helvetien hatte nun wieder eine verfassungsmäßige Ordnung. Die Volkspartei war freilich vom Senat und dem Vollziehungsrat ausgeschlossen. In diesem überwogen die Städter, die Wohlhabenden, sowie die gebildeten Liberalen und die gemäßigten Aristokraten.

Bonaparte benützte die Einführung der Verfassung, um die französischen Truppen zurückzuziehen. Von der fremden Besatzung befreit, erhielten nun die Schweizer Gelegenheit, zu zeigen, ob sie der wiedererlangten Freiheit würdig wären. Aber sofort erhoben sich die Führer des gestürzten Oktoberregimentes, die Aristokraten der Innerschweiz und die der frühern Hauptstädte, sekundiert von einem Teil der Geistlichkeit, gegen die Regierung und die Einheitsrepublik, um die alte Ordnung wieder aufzurichten. Es kam zum Bürgerkrieg. Die Regierung flüchtete vor den Aufständischen nach Lausanne.

Durch Terror, Korruption und Vorspiegelungen aller Art hatte sich auch in den Feudal- und Industriegegenden ein Teil des Volkes von den Feinden der Helvetik verführen lassen. Aber die große Mehrheit daselbst wollte keine Restauration. Da die neue Ordnung jedoch ihre Erwartungen enttäuscht hatte, so blieb sie passive Zuschauerin des Kampfes zwischen der Regierung und der Reaktion.

Am 30. September 1802 verkündete der Erste Konsul dem helvetischen Volke, daß er die Vermittlung übernehmen werde. Eine französische Armee rückte wieder ein. Die Truppen der Aufständischen wurden heimgeschickt, und die konstitutionellen Behörden traten ihr Amt wieder an.

## II.

Im Emmental und Obergeraargau hatte das Volk die Revolution begrüßt. Es schätzte die Verfassung von 1798, die es von der Herrschaft der Hauptstadt erlöste, ihm Freiheit und Gleichheit brachte, das allgemeine Wahlrecht gab und die Abschaffung der Zehnten und der Feudalität zu billigen Bedingungen verfügte. Umso mehr war es über die Verjagung seiner Vertreter durch den 7. August 1800, die Wiedereinführung des Zehnten, die Beseitigung der Volkswahlen und die neue Begünstigung der Städter erbittert. Trotzdem nahm es keinen Anteil an der Insurrektion 1802. Aber in seinen Erwartungen durch die spätere Helvetik enttäuscht, verhielt es sich passiv. Kunz behauptet zwar, 50 000 Freiwillige seien bereit gewesen, der Regierung zu

Hilfe zu ziehen. Das ist möglich, kann aber nicht belegt werden. Wie dem sei, das Volk war jedenfalls Zeuge der Gewalttätigkeiten, die auf ihrem Durchzuge die Insurgenten gegenüber den Anhängern der Helvetik sich zu Schulden kommen ließen. Es begrüßte deshalb Bonapartes Intervention, in der Hoffnung, dadurch vor dem Rückfall in die frühere Untertänigkeit bewahrt zu werden.

In seiner Proklamation vom 30. September berief der Erste Konsul eine helvetische *Konsulta* nach Paris. Der Senat wählte 3 Abgeordnete und erließ am 25. Oktober eine Verordnung über die Wahl kantonaler Vertreter, erteilte auch einzelnen Gemeinden die Befugnis, auf ihre Kosten Deputierte nach Paris zu senden, wo sie sich am 15. November einfinden sollten. Der Distriktstatthalter von Burgdorf versandte das Senatsdekret am 30. an die Municipalitäten, mit der Erläuterung, daß angesichts der bestehenden Gärung von der Versammlung der Gemeindebürger abzusehen sei und die Wahl durch Einschreibung in Register erfolgen solle.

Aber schon vorher fanden Besprechungen zwischen führenden Persönlichkeiten statt, an denen auch Pestalozzi teilnahm. Denn bereits am 7. November meldete Samuel Schnell seinem Schwager, Minister Stapfer in Paris, der Distrikt Burgdorf sende Pestalozzi, Laharpe und Kunz. «Pestalozzi wird, wie ich glaube, kommen, wenigstens hatte er bereits vor 8 Tagen große Lust dazu.» Der Distrikt Niederemmental stimmte der Sendung ebenfalls zu. Die Wahl der 3 Deputierten ist bezeichnend für die Denkart ihrer Wähler, die damit bekunden wollten, daß ihre Distrikte an der letzten Insurrektion keinen Anteil genommen hatten und keine Restauration wünschten. Die Deputierten sollten in Paris auch versichern, daß fast alle Landgemeinden des Kantons Bern gleich denken. Laharpe, auch von den Kantonen Zürich und Bern, ferner von der Stadt Zug und etlichen Gemeinden bei Thun gewählt, schlug alle Mandate aus. Pestalozzi hingegen, mit Paul Usteri ebenfalls zum kantonalen Abgeordneten Zürichs erkoren, nahm die zwei Aufträge an.

In der berühmten «Allgemeinen Zeitung» in Stuttgart schrieb Samuel Schnell, daß die Ernennung des Verfassers von «Lienhard und Gertrud» zum Deputierten nach Paris zeige, daß die Zürcher und Berner Landleute das Eine, was nottue, tief fühlen, indem sie die erste sich bietende Gelegenheit ergreifen, den Mann zu ernennen, der sich um den Volksunterricht so hoch verdient gemacht habe.

Hier stellt sich die Frage, wer *Kunz* war. Ist er wirklich identisch mit dem im Herbst 1799 in den Senat gewählten und durch den Staatsstreich vom 7. August wieder daraus entfernten Kunz von Ersigen? Das ist bis jetzt all-

gemein angenommen worden, trifft jedoch nicht zu. Der Senator führte den Vornamen Peter, der Deputierte nach Paris aber hieß *Jakob*. Unter der alten Ordnung war Peter Kunz Ammann, unter der neuen Beisitzer des Distriktsgerichts gewesen, bevor er Senator wurde. Jakob aber bekleidete das Amt des Munizipalitätspräsidenten von Ersigen. Ein Mann von 50 Jahren, von Beruf Wirt und reich, erwies er sich als radikaler Patriot. Er war populär, wozu nicht wenig beigetragen haben dürfte sein Sieg, den er im langwierigen Schulmeisterstreit von Ersigen gegen den Erziehungsrat von Bern und dessen starrköpfigen Präsidenten, Dekan Ith, erfochten hatte.

Am 12. November nahmen Pestalozzi und Kunz in Bern Pässe. Tags darauf reisten sie ab mit Peter Ochs und Xaver Zeltner von Solothurn. Gewiß war es kein Zufall, sondern weitgehende Uebereinstimmung ihrer politischen Ansichten, die diese vier Männer in einer Kutsche vereinigte für die lange Fahrt nach Paris, während der sie genügend Gelegenheit hatten zu eingehendem Gedankenaustausch. Kunz stieg in Paris im Hôtel de Provence, Rue de Provence, ab, Pestalozzi in der Rue und im Hôtel Grange Batelière.

In der französischen Hauptstadt trafen Ende November und Anfang Dezember aus Helvetien über 60 Deputierte ein; 45 waren Unitarier, denen 18 Föderalisten gegenüberstanden, die mehrheitlich von Städten gewählt worden waren. Der Erste Konsul bestellte für die Verhandlungen 4 Kommissäre: Barthélemy, Demeunier, Fouché und Roederer. Am 10. Dezember fand die erste Sitzung statt. Ein Schreiben Bonapartes wurde verlesen, worin dieser im Befehlston Rechtsgleichheit zwischen Bürgern und Kantonen, Verzicht auf alle Vorrechte und eine föderalistische Organisation als Grundlage der künftigen Verfassung bezeichnete, auch Neutralität verhieß, gleichzeitig jedoch zu verstehen gab, daß er in Helvetien kein System dulden werde, das den Interessen der französischen und der von ihm präsierten italienischen Republik widerspreche.

Am 12. Dezember forderten die Kommissäre die Deputierten auf, in Zeit von 8 Tagen Vorschläge für die Kantonsverfassungen auszuarbeiten. Die Deputierten wandten ein, in Helvetien habe man allgemein erwartet, es würde sich in Paris lediglich um die Ausarbeitung der Zentralverfassung handeln, die für die Kantonsorganisationen gleichmäßige Grundsätze enthielte; sie hätten darum keine Vollmacht erhalten, Kantonsverfassungen zu entwerfen; zum mindesten sollten sie die allgemeine Verfassung kennen, bevor an die Redaktion kantonaler Grundgesetze geschritten werden könne. Es nützte nichts. Bonapartes Taktik zielte auf Spaltung der Deputierten ab, damit es ihm desto leichter fiele, allen seinen Willen aufzuzwingen.

Ueber die Verrichtungen der Emmentaler Deputation sind wir lediglich durch die von mir in *Pariser Archiven* aufgefundenen *Dokumente* informiert. Sie sind ausschließlich von Kunz unterschrieben, der sich sogar als einzigen Deputierten des Emmentals ausgab. Im Verzeichnis der Konsultaabgeordneten der helvetischen Gesandtschaft in Paris figuriert auch nur Kunz als Vertreter des Emmentals. Wie ist diese Tatsache zu erklären? Pestalozzi vertrage das Pariser Klima und Wasser nicht, er sei krank und dürfe nicht ausgehen, berichtete Karl Koch vor Weihnachten nach Bern. Aber das hinderte Pestalozzi doch nicht an intensiver Arbeit. So verfaßte er für seine Pariser Freunde eine umfangreiche Denkschrift über seine Erziehungsmethode. Sodann beteiligte er sich an einer langen Eingabe, worin die Notwendigkeit der Erhaltung der Einheit dargelegt wurde; sie war freilich nicht von ihm selbst verfaßt, aber doch unterschrieben, neben Usteri, Pfenninger und den Luzernern Meyer von Schauensee und Xaver Keller. Ferner arbeitete er fieberhaft an einer weitem Denkschrift. (Von mir publiziert in der Berliner Ausgabe der Werke Pestalozzis, Bd. 14. Vergl. meinen Aufsatz: Pestalozzi auf der Konsulta, in *Neue Schweiz. Rundschau* 1953, 1. Heft.) Davon sind verschiedene Entwürfe und das Bruchstück einer eigenhändigen Reinschrift erhalten, die, ins Französische übersetzt, am 27. Dezember Bonapartes Kommissären übergeben wurde. Darin bemühte sich Pestalozzi, den Franzosen das Unrecht der Feudalherrschaft und die Unvereinbarkeit des Zehnten mit der verkündeten Rechtsgleichheit begreiflich zu machen. Er setzt sich auch für ein zensusfreies Wahlrecht ein, damit das Prinzip der Rechtsgleichheit hier ebenfalls respektiert werde. Pestalozzi beteiligte sich ebenfalls an weitem Eingaben zur Verteidigung der Einheit und der Volksrechte und beschäftigte sich später insbesondere mit den Angelegenheiten des Kantons Zürich. Indem er Einheit, freie Volkswahlen und Abschaffung der Zehnten begehrte, mochte er glauben, auch die Interessen seiner emmentalischen Auftraggeber zu verfechten und es Kunz überlassen zu können, in ihrem Namen zu handeln. Das schließt natürlich nicht aus, daß er sich mündlich mit Kunz unterhalten habe. So erfahren wir von letzterem selbst, daß er von Pestalozzis Memoire vom 27. Dezember Kenntnis hatte.

Kunz hat 6 *Eingaben* verfaßt, die von irgend jemand ins Französische übersetzt wurden. In den drei ersten trug er die Wünsche seiner Kommittenten vor; zwei davon sind an die Kommissäre, eine an den Ersten Konsul selbst gerichtet. Er betont darin, daß Frankreichs Freunde die Einheit, Frankreichs Feinde dagegen den Föderalismus und das Verderben der Patrioten wünschen, vor dem diese nur durch Bonaparte bewahrt werden können. Er kritisiert



die Steuerpolitik der helvetischen Regierung, verlangt unentgeltliche Abschaffung der Zehnten und Grundzinse, und daß das Dekret des Senats vom 22. September letzthin, das für die Entschädigung der privaten Besitzer im Kanton Waadt die Nationalgüter bestimmt, auf die ganze Schweiz ausgedehnt werde. Er tritt für freie Volkswahlen ein und bemerkt ganz richtig, daß das Volk nie Zutrauen zu einer nicht von ihm selbst gewählten Regierung haben werde. Er beteuert die Anhänglichkeit seiner Mitbürger an die Verfassung von 1798 und ihren Wunsch, zu ihr zurückzukehren, plädiert für die Einheitsrepublik und fordert für den Fall, daß sie nicht erhältlich wäre, die Loslösung des Emmentals und des Oberaargaus von Bern und die Errichtung eines eigenen Kantons der Emme, mit Burgdorf als Hauptstadt. (Beilagen 1—3).

Aber da Bonaparte auf dem Föderalismus beharrte, mußte sich auch Kunz bequemen, eine *Kantonsverfassung* zu entwerfen. Sein Projekt beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, Gleichheit und Volkssouveränität, der Handels- und Gewerbefreiheit, der Niederlassungsfreiheit, der Gedanken- und Religionsfreiheit. Es sieht vor das Gesetzesreferendum, die unentgeltliche Abschaffung der Zehnten und Grundzinse, eine Vermögenssteuer von einem Promille; es fordert Arbeitshäuser für Landstreicher. Es teilt den Kanton in 4 Quartiere ein. Es macht das Aktivbürgerrecht von einem Vermögen von 100 Franken abhängig. Hundert Bürger einer Gemeinde bilden eine Urversammlung, die einen Gemeinderat, einen Friedensrichter, einen Distriktsrichter und einen Wahlmann wählen. Die Wahlmänner des Quartiers wählen aus ihren Reihen 11 wählbare Bürger; die Wählbaren der 4 Quartiere wählen aus jedem Quartier 25 Bürger und diese 100 ernennen aus ihren Reihen den Kleinen Rat von 20 Mitgliedern; die 80 andern bilden den Großen Rat. Amtsdauer beider Räte 10 Jahre. Jährlich treten 2 Mitglieder des Kleinen und 8 des Großen Rates aus. Die Exekutive wird in 4 Sektionen eingeteilt. Präsident und Vizepräsident des Großen Rates tagen das ganze Jahr usw.

Das Projekt ist sicher kein Meisterwerk, sondern das in der Eile entworfene, in vielen Artikeln mangelhaft formulierte Produkt eines neugebackenen Gesetzgebers. Aber es läßt die Absicht des Autors erkennen, dem Kanton eine möglichst demokratische Verfassung zu geben, die dem Landvolk die Herrschaft verbürge. Im Gegensatz dazu tendierten die Entwürfe, sowohl der stadtbernischen Vertreter Wattenwyl, Mülinen und Gruber als die der Kantonsabgeordneten Kuhn und Koch, gerade dahin, das Bauernregiment zu verhindern und die Macht den Städtern zu sichern.

In seiner Eingabe vom 30. Dezember beschwerte sich Kunz darüber, daß er

von den bernischen Deputierten nie beigezogen wurde zu gemeinsamer Beratung. Die Reklamation scheint Erfolg gehabt zu haben. Kunz nahm an ihren Besprechungen vom 2. und 3. Januar teil. Er freute sich zu hören, daß Bonaparte eine Wahlordnung vorschlug, die dem Landvolk die Mehrheit in den Behörden verschaffte, und er lächelte verschmitzt, als er die Bestürzung sah, die sie bei den städtischen und kantonalen Abgeordneten hervorrief.

Er unterzog in diesen Tagen eines der ihm zu Gesichte gekommenen Gegenprojekte einer scharfen Kritik. Wir können hier nicht näher darauf eintreten, weil uns der kritisierte Plan nicht vorliegt, verzichten darum auch auf die Wiedergabe des umfangreichen Schriftstückes, das er am 6. Januar Roederer übergab. Es genüge die Bemerkung, daß Kunz seine Kritik dahin zusammenfaßt, daß das fragliche Projekt das Volk wieder den Privilegierten ausliefern und unter anderem Namen das alte Regiment herstellen würde.

Roederer erstattete Bonaparte Bericht über die eingegangenen Verfassungspläne. Von Kunz sagte er, das sei ein guter, sehr reicher Bauer, der finde, alles würde gut ausgehen, wenn der Zehnten abgeschafft und für die Entschädigung die Nationalgüter verwendet würden; der auch behauptete, eine Zentralregierung allein könne Frankreichs Freunde gegen die Oligarchen schützen, und verlange, aus dem Emmental einen eigenen Kanton zu machen, wenn der Föderalismus angenommen werde.

### III.

Als Vermittler stellte sich Bonaparte die Aufgabe, der Schweiz eine Organisation zu geben, die dem von ihm vertretenen französischen Staatsinteresse entspreche und die innere Ordnung der Schweiz gewährleiste.

Er sah zwei Parteien vor sich, von denen die eine aus Freunden, die andere aus Feinden der französischen Revolution bestand. Er wußte, daß die Unitarier, die Freunde der Revolution, einen großen Teil der Gebildeten und die Masse des Landvolkes, wenigstens in den Industrie- und Feudalgegenden, hinter sich hatten. Er selbst war überzeugt, daß das Volk sich im Herbst für die Verteidigung der Helvetik erhoben hätte, wenn diese die Zehnten abgeschafft und die freien Volkswahlen beibehalten hätte. Nach seiner eigenen, revolutionären Vergangenheit und seiner geistigen Formation stand Bonaparte den Unitariern nahe. Aber trotzdem mißtraute er ihnen. Mochten sie noch so sehr beteuern, daß eine von ihnen regierte, politisch und wirtschaftlich starke Schweiz auch in Frankreichs eigenem Interesse liege und es an ihr zu jeder Zeit einen treuen Bundesgenossen haben werde, Bonaparte glaubte ihren Versicherungen nicht. Er hielt sie im Gegenteil sehr wohl für fähig, bei



Gelegenheit eine antifranzösische Haltung einzunehmen. Er wollte keine kraftvolle Schweiz. Er fürchtete die Konkurrenz der schweizerischen Industrie, lehnte auch alles ab, was das schweizerische Nationalbewußtsein stärken konnte, begünstigte hingegen alle lokalen Einrichtungen und konservativen Traditionen. Er wollte der Schweiz eine Verfassung geben, die ihr von vornherein die Möglichkeit zu einer selbständigen Politik nahm. In dieser Absicht entschied er sich für den Föderalismus.

Der Erste Konsul wußte aber auch, daß die Föderalisten und Aristokraten den französischen Königen gedient, dann mit der Gegenrevolution sympathisiert, gegen die französische und helvetische Republik konspiriert und während der letzten Insurrektion auf englische und österreichische Hilfe gezählt hatten. Er sah denn auch voraus, daß die Aristokraten im günstigen Augenblick gegen ihn und für die Bourbonen Partei ergreifen würden. Durfte er ihnen unter diesen Umständen wieder zur Macht verhelfen? Ich gebe ihm selbst das Wort. Vertraulich äußerte er sich zu seinen Kommissären: «Je n'aurai jamais de bonne volonté à espérer des nobles suisses. Ma politique doit donc être de faire ce qui est agréable à la masse du peuple. La représentation proportionnelle à la population est le moyen d'y réussir. En contentant la masse, je fais trembler les patriciens. En leur donnant l'apparence du pouvoir, j'oblige les patriciens à se réfugier près de moi pour en obtenir la réalité, même pour obtenir protection. Je laisse le peuple menacer les aristocrates pour que ceux-ci aient besoin de moi. Je leur donnerai des places, des distinctions, mais ils les tiendront de moi.»

Seine Menschenkenntnis sagte ihm, daß er auf die Unterwürfigkeit der Aristokraten zählen konnte, sobald er ihnen Macht, Ehren und Auszeichnungen verschaffte. Im übrigen erklärte er ihnen unumwunden, daß er sie verjagen würde, wenn sie nicht parierten. Freilich sollten sie nicht mehr de jure, wohl aber de facto privilegiert werden. Diese Ueberlegungen bewogen ihn, den ehemaligen Städtekantonen das Repräsentativsystem zu geben.

Ursprünglich plante er, hier die Vertretung nach dem Verhältnis der Bevölkerung einzuführen, um dem Landvolk konstitutionsmäßig das Uebergewicht zu sichern. Aber die Städtevertreter machten sofort die Einwendung, dadurch würden ihre Kantone der Ochlokratie oder Pöbelherrschaft ausgeliefert. Um dieses Unheil abzuwenden, griffen die Stadtzürcher und Stadtberner zu klingenden Argumenten. Roederer wollte hierauf den Städten die Hälfte der Großratsmandate bewilligen. Bonaparte jedoch begnügte sich, ihnen einen Fünftel zu gewähren. Die Aristokraten verhehlten ihre Enttäuschung nicht.

Sie hatten nach ihren finanziellen Opfern größere Zugeständnisse erwartet. Aber Roederer erklärte ihnen, eine stärkere Proportion als die bewilligte käme einem Sieg der Gegenrevolution gleich; die Landschaft könne sich nur dank der Zahl behaupten.

Roederer redigierte nach Bonapartes Weisungen die Verfassungen der Stadtekantone. Bern wird in 5 Bezirke zu 13 Zünften eingeteilt. Die Hauptstadt bildet für sich einen Bezirk. Jede der 65 Zünfte wählt direkt einen Großrat und schlägt 4 Kandidaten vor. Von den 260 Kantonskandidaten bezeichnet hierauf das Los die 130 übrigen Ratsmitglieder. Für die unmittelbar durch die Zünfte gewählten ist ein Grundeigentum von 5000, für die 260 Kandidaten ein Vermögen von 20 000 Franken notwendig. Das Aktivbürgerrecht ist an einen selbständigen Beruf und ein Vermögen von 500 Franken für die Landschaft und von 1000 Franken für die Stadt gebunden. Ein Kleiner Rat von 27 Mitgliedern des Großen Rates besorgt die Regierungsgeschäfte. Jene werden auf 6 Jahre, die Großräte auf Lebenszeit gewählt, unterstehen jedoch der Zensur, d. h. dem Abberufungsrecht der Wähler.

Die fertige Verfassung bereitete Kunz eine schwere Enttäuschung, da sich voraussehen ließ, daß sie zur Herrschaft der Reichen und der Städter führen werde. Ebenso wenig gefiel ihm der Entscheid über die Zehntenfrage. Beide Parteien betonten, daß dieses Geschäft zu Hause die leidenschaftlichsten Kämpfe auslösen werde, wenn der Erste Konsul den Entscheid darüber den Großen Räten überlasse. Die 12 Städtevertreter beehrten, daß ein Verfassungsartikel die Loskaufssumme auf den 25fachen Jahresertrag festsetze. Bonaparte wollte anfänglich einen «billigen» Loskauf vorschreiben; schließlich aber kam in alle Verfassungen ein Artikel, der den Loskauf nach dem «wahren Werte» verlangte. Die Städter hatten also auch da gesiegt.

Beiläufig sei erwähnt, daß die neuen Kantone eine etwas liberalere Verfassung erhielten und daß Bonaparte auch das Landsgemeindesystem wieder herstellte, obschon er persönlich diese Regierungsart verachtete. Am 24. Januar eröffnete Roederer, daß die Kantonsverfassungen und die Bundesakte entworfen seien und der Erste Konsul darüber noch die Meinungen der Deputierten vernehmen möchte. Roederer schlug vor, jede der 2 Parteien solle einen Ausschuß von 5 Mitgliedern für diese Konferenz ernennen. Darauf wählten die Föderalisten 5 der ihrigen, und auch die Unitarier waren genötigt, dasselbe zu tun. Am 29. Januar fand die berühmte Konferenz zwischen dem Ersten Konsul und den beiden Ausschüssen statt. Diese Ausschüsse hatten dem Konsul auch Vorschläge zu machen über die Bestellung der Kommissionen, die in ihren Kantonen die neue Ordnung einführen sollten. Die

5 Föderalisten schlugen für den Kanton Bern drei Aristokraten der Stadt und 3 vom Lande vor, die 5 Unitarier 6 Liberale. Kunz zeigte sich über die Vorschläge entrüstet, da die Volkspartei dabei ganz übergangen worden, und er protestierte sofort gegen die hiebei angewandte undemokratische Methode. Er reichte einen eigenen Vorschlag ein, der 4 Anhänger der Patriotenpartei und 2 Republikaner enthielt. Aber Bonaparte ernannte Wattenwyl, als Präsidenten, und als Mitglieder Koch, Mülinen, Frisching, Pfander, Moser, Jenner: 4 Liberale und drei Aristokraten, also kein einziges Mitglied der Linkspartei.

Kunz wohnte noch der Abschiedsaudienz am 21. Februar bei. Bonaparte sprach zu jedem einzelnen Abgeordneten. Für die beiden Landdeputierten Pfenninger und Kunz fand er besonders warme Worte der Sympathie. Der Mut, mit dem Kunz seine Sache verfochten hatte, hatte ihm die Achtung des Ersten Konsuls eingetragen. Aber diese seiner Person bezeugte Anerkennung war ein schwacher Trost für den Boten des Emmentals, der nichts von alledem erreicht hatte, was ihm aufgetragen worden war. Wie alle übrigen mußte er sich dem Willen des Ersten Konsuls fügen, der den Deputierten beim Abschied drohte, wenn seine Mediation nicht den Frieden herstelle, so werde er Gewalt brauchen und die Schweiz Frankreich einverleiben.

Pestalozzi hatte schon Ende Januar Paris verlassen. Die Sendung hatte für ihn noch ein unangenehmes Nachspiel. Seine Auftraggeber machten Schwierigkeiten, seinen Anspruch auf Reiseentschädigung zu befriedigen. Offenbar hatten sie erfahren, daß er in Paris wenig oder nichts für das Emmental getan hatte. Pestalozzi bat Dr. Schnell, alt Statthalter, bei den Vorgesetzten der Distrikte Burgdorf und Unteremmental zu intervenieren. Er drohte sogar mit einer Publikation, falls er nicht befriedigt würde. Schnells Intervention muß Erfolg gehabt haben. Die Publikation unterblieb, leider, möchte man beifügen, da Pestalozzi selbst darin ausgeführt haben würde, wie er in Paris seinen Auftrag erfüllt hatte.

## BEILAGEN \*

### 1.

Le citoyen Kunz, député de l'Emmenthal, aux commissaires nommés par le Premier Consul pour les affaires des cantons suisses.

Citoyens Commissaires,

Je me hâte, au nom du peuple qui m'a envoyé, de répondre à l'invitation

\* Die Orthographie ist modernisiert.

faite aux députés de l'Helvétie, de projeter ensemble ou séparément une constitution de canton.

Je trouve d'abord la non-unité de l'Helvétie contraire à mes instructions.

Il vous est bien connu, Citoyens Commissaires, surtout au Premier Consul, comment la Suisse était constituée avant la Révolution, comment celle-ci s'est opérée. Vous savez que la France comptait en Suisse, et qu'elle y compte encore, beaucoup d'amis, qui ont dirigé cette révolution au gré de la France. Ces amis, qui l'étaient aussi de la liberté, existent encore; ils espèrent en la protection des Français. Mais si on ferme les yeux sur les complots des oligarques; si on relâche la bride à ces ennemis communs, c'en est fait des amis de la France; leurs biens, leurs familles, leurs propres vies s[er]ont à la disposition des ci-devant villes souveraines dont l'esprit de vengeance demande des victimes expiatoires.

C'est ensuite des dispositions prises depuis plusieurs années par les oligarques que la dernière insurrection a eu lieu; les chefs des insurgés étaient oligarques; ils avaient promis au peuple, ou plutôt à un parti de [la] populace, ce qu'il semblait désirer: une constitution populaire, ce qu'ils appelaient la liberté du temps de Guillaume Tell.

Ces menées n'étaient pas inconnues au dernier gouvernement qui, comme vous savez, n'avait été élu, ni directement ni indirectement par le peuple: raison pour laquelle il n'avait pas la confiance de la totalité de la nation. Néanmoins il n'aurait tenu qu'à lui de se faire aider des républicains et d'un grand nombre de loyaux Suisses; s'il eût été du choix du peuple, 50 000 Suisses, bons citoyens, eussent prévenu la dernière insurrection, et nous n'aurions pas eu besoin de venir à Paris. On lui a offert du secours; il l'a refusé: la conséquence qu'il faut en tirer est une énigme.

Si le fédéralisme l'emporte décidément, je demanderai donc, au nom de mes commettants, et je vous supplie, Citoyens Commissaires, de soumettre au Premier Consul notre vœu pour que, ainsi qu'on l'a accordé aux cantons du Léman et de l'Argovie, on nous accorde de nous séparer de Berne: séparation qui peut le mieux satisfaire à l'unanimité des vœux de mes commettants.

Ce nouveau canton peut être formé des districts du haut et bas Emmenthal, de Huttwyl, Langenthal, Wangen, Burgdorf; cette dernière ville serait le chef-lieu, comme étant ville de justice et centre de cette contrée (de 7 lieues de long sur 7 de large); elle contient environ 45 mille âmes, et a les édifices nécessaires. La ville même est en belle situation . . .

Cette augmentation de cantons ne peut nuire à personne; nous nous chargeons nous-mêmes de nos impôts. Il sera facile de les régler mieux que ne l'a

fait le gouvernement. D'un côté, il a continué à exiger les cens et les dîmes (droits féodaux abusifs et tyranniques dans leur origine), et d'un autre côté il nous a surchargés de nouveaux impôts, comme l'un pour mille, le timbre, le droit de mutation, augmentation du sel, droits de patentes, etc. Ainsi on payait les redevances de l'Etat bernois, qui n'existait plus, et les impôts de la nouvelle République. En abolissant les droits féodaux, on pourra remplacer leur produit par le un pour mille, qui suffira, étant bien perçu; cet impôt ne porte pas sur le pauvre et oblige le riche à payer. Dans tous les cas, les habitants demandent l'abolition totale des droits féodaux, non pas par un rachat qui ne ferait que surcharger le pays de nouvelles dettes, mais par la vente des biens nationaux, comme cela s'est fait dans le Léman.

En séparant le canton d'Emmenthal, un plus grand nombre de personnes étant attachées au service de la République, elles serviront à la consolider; leurs opérations n'étant pas nombreuses, les offices seront moins salariés, et la confiance renaîtra envers ceux à qui elle appartient.

Ce nouveau canton, en un mot, aura ses avantages en rapport avec ses charges; sa formation et sa séparation de Berne peuvent seules nous sauver de la ruine totale qui nous attend en demeurant annexés à cette ancienne capitale. Nous méritons qu'on nous accorde cette séparation parce qu'aucune contrée (?) n'a plus souffert de la Révolution que nous. En effet notre pays est tellement appauvri, qu'on a vu tout à coup les bienfonds diminuer des prix et l'intérêt de l'argent s'élever, ce qui écrase le cultivateur; c'est ainsi que notre attachement à la France nous a plongés dans le malheur, et nous a exposés aux persécutions d'une domination ennemie des Français . . .

Les droits féodaux, les dîmes, les cens, les droits de justice ont toujours été les objets les plus aggravants; s'ils ne sont pas réglés constitutionnellement, le feu restera encore caché sous la cendre. Veuillez donc, encore à cet égard, Citoyen Premier Consul, mettre à exécution les articles 4 et 5 de la proclamation du Général Brune, du 26 Ventôse an 6 [1798]\*, ou la loi du 22 Sept. 1802 du Sénat helvétique, déjà exécutée dans le canton du Léman, [et] ordonner la marche des affaires, et la confiance du peuple helvétique s'accroîtra envers la nation française.

Il est aussi un point auquel les habitants de l'Emmenthal tiennent infiniment, c'est à la liberté des élections par le peuple: il n'aura jamais de confiance dans ses magistrats, s'il ne concourt pas plus ou moins à leur nomination.

Si des dispositions ne sont pas prises de suite pour consolider la nouvelle

\* In einer Fußnote werden die 2 Artikel der Proklamation Brunes vom 16. März 1798 wörtlich zitiert. S. Helv. Actensammlung Bd. I, Nr. 1405.

organisation, nous sommes livrés aux vengeances . . . La dernière insurrection a fourni assez de preuves que nombre de loyaux, braves et innocents citoyens ont été enlevés de nuit par des archers et des hussards, maltraités, conduits garrottés dans des forts et traités avec la dernière cruauté; si la proclamation de Bonaparte n'était pas venue promptement à leur secours, il n'y aurait pas eu assez de prisons pour enfermer les républicains; car le plan de leurs ennemis était de faire disparaître, comme amis des Français, tous ceux qui pouvaient défendre à l'avenir les droits du peuple, et certes ils n'y ont pas renoncé.

Mais le protecteur des amis de la liberté a parlé à temps.

A quoi néanmoins cela aurait-il servi si l'on nous invite aujourd'hui à refaire ou à accepter de nouveau une constitution qui nous livrerait ou nous obligerait de nous livrer nous-mêmes à nos ennemis?

On nous représente comme tirés du bord de l'abîme; cependant jamais nous n'en aurons été plus près, si l'on écoute les insinuations dangereuses de nos anciens maîtres.

J'ose donc espérer, Citoyens Commissaires, qu'on demeurera convaincu de la nécessité de nous donner un gouvernement réellement central, formé d'après le vœu de la constitution de 1798, ou que, si le fédéralisme devait avoir lieu, on reconnaîtra aussi la convenance de former le canton d'Emmenthal.

Ses habitants sont dignes de se gouverner par eux-mêmes. Ils ne manquent point de lumières, et chaque homme impartial rendra justice à leur patriotisme et à leur attachement à la France, protectrice de notre liberté.

Mais si ni l'une ni l'autre de nos demandes ne pouvait être accordée, il ne me resterait plus qu'à recommander tous les bons Républicains à la protection toute puissante du Premier Consul, car ils en ont le besoin le plus pressant.

Paris, le 29 Frimaire, an XI

Jb. Kunz

Paris, Archives nationales, AB XIX, Bd. 1862; Original

## 2.

Au Citoyen Premier Consul et Président,  
Kuntz, député de l'Emmenthal

Citoyen Premier Consul,

Je prends la liberté de vous adresser cet écrit; daignez ne pas m'en vouloir s'il n'est pas selon la décence qui vous est due. Je mets ici sous vos yeux ce qui, depuis la Révolution, a toujours été le principal point de difficulté entre



le gouvernement et le peuple, savoir l'abolition des rentes foncières et dîmes, droits féodaux, et forme de procédure.

Les premières furent abolies par la proclamation du Général Brune, sans léser en rien les propriétés, et quant aux autres, la nouvelle constitution [de 1798] recommanda une forme générale; aucune n'était exceptée et néanmoins, aujourd'hui, outre les anciens droits féodaux nous avons encore à supporter les nouvelles charges, comme l'un pour mille, le droit de timbre, celui sur les boissons, les patentes, l'augmentation du prix du sel. La dîme et les rentes foncières avaient été abolies; deux ans après la Révolution, après la dissolution ou l'ajournement de la constitution de 1798, les odieux impôts furent rétablis, et à dater de cette époque, le paysan fut contraint à payer les anciennes et les nouvelles impositions arbitrairement, au moyen de quoi l'habitant de la campagne qui espérait être allégé, en fut encore plus surchargé. En ce[la] ne sont point compris les logements de gens de guerre et réquisitions de chevaux et voitures, ce qui a fait monter l'intérêt de l'argent de 3½ % à 6½ %, et tomber naturellement les terres à un tiers moins de sa valeur, au point que, par le défaut de recouvrement, beaucoup de laboureurs ont été contraints à faillir dans le canton de Berne et surtout dans celui de Soleure; cela n'a pas, en dernier lieu, produit peu d'effet, dans les contrées où les seigneurs de Berne ont beaucoup de biens et d'argent et où notamment l'Oberland et les environs appartiennent encore à Berne; aussi n'est-ce point un[e] énigme pourquoi messieurs de Berne conservent encore leur influence dans ces contrées.

Je ne vois pour écarter cet affreux despotisme de notre contrée républicaine d'autre ressource que l'unité entière de la République, un gouvernement fort et élu par le peuple d'après la Constitution de 1798, ou notre séparation de Berne par un moyen quelconque, comme je l'ai exprimé dans mon mémoire à vos commissaires, savoir les districts du haut et du bas Emmenthal, Huttweil, Wangen, Langenthal et Bourgdorf, formant une contrée de 7 lieues de long sur sept de large, et comptant 45 000 âmes, dont la ville de Burgdorf serait le chef-lieu. Et dût le nombre de 18 cantons être sacré, je vous prierais que nous pourrions au moins composer la seconde section du canton de Berne, avec les mêmes droits. Cela serait le seul moyen de tranquilliser mes commettants. Notre contrée est celle qui tant a été affectionnée à la Révolution française, et voici l'époque où nous avons besoin, à notre tour, de la considération des Français, auxquels nous témoignerons notre reconnaissance, en nous unissant à eux autant que possible, et en soutenant à nos frais quel-



ques corps militaires pendant quelque temps, jusqu'à ce que tout soit rendu à la tranquillité.

Vous savez, Citoyen Consul, que tous les moyens possibles ont été employés depuis la Révolution pour renverser notre Constitution de 1798 et 1799, laquelle a été jusqu'à présent la seule qui ait eu la confiance du peuple, malgré qu'elle n'ait point produit tout ce que l'on attendait d'elle, et jamais on ne l'a désirée aussi ardemment qu'aujourd'hui.

Et même aujourd'hui que les choses sont à leur plus grand point des difficultés, les habitants de la campagne ont été éblouis d'une manière misérable pour envoyer leurs députés à Paris. Le Sénat, par sa loi, n'a accordé que huit jours pour l'élection des députés, et passé ce délai ils devaient être à Paris; on répandit même le bruit que la Constitution était déjà faite, raison pour laquelle deux laboureurs élus à Berne, après le délai fixé, n'ont pas osé se rendre ici, de crainte de ne pouvoir y être utiles, et qu'on ne les écoutât point; c'est pourquoi je suis seul ici du canton de Berne de la campagne: cinq autres sont avocats, ci-devant patriciens de Berne auxquels je ne suis point en état de répondre un mot sur cent. Je vous assure, Citoyen Consul, que si les communes rurales eussent cru que vous nous recevriez aussi paternellement, on aurait envoyé ici des députés et des adresses de tous les coins du pays. Je vous en supplie, excusez-moi au nom du pauvre peuple des campagnes, lequel, comme je l'ai dit ci-devant, a souffert si cruellement de la Révolution et y a fait des pertes énormes.

Veuillez terminer une fois pour toutes la grande lutte entre la ville et les communes rurales; supprimez également constitutionnellement les charges et les impôts, tels que les dîmes, les cens et droits féodaux dans tous les lieux, comme l'a fait le décret du Sénat du 18 septembre 1802 qui n'a jusqu'à présent concerné que le canton du Léman. Donnez-nous une loi civile commune à toute la Suisse qui est restée jusqu'à présent dans l'inégalité la plus parfaite.

La perception régulière de l'1 pour mille rétablira suffisamment les impôts ci-dessus.

Vous tranquillisez à [!] ce moyen vos amis; au lieu que si vous favorisez les patriciens, et que vous ne supprimez pas les dîmes et les cens, ce sera la même chose que si vous remettrez le poignard entre les mains de vos ennemis; car ces gens-là sont vos ennemis irréconciliables, et à la première occasion ils se réuniront aux Autrichiens, et chercheront à remettre sous leur joug le Léman et l'Argovie, et autres [...]. La dernière insurrection l'a suffisamment prouvé: les patriotes, amis de la France, comme on les appelle, ont

déjà éprouvé leur vengeance, avec leurs archers et hussards, même avec des chiens ils ont fait enlever de nuit des hommes francs, braves et innocents qu'on a traînés garrottés et jetés dans les prisons confondus avec des assassins.

Sans la prompte arrivée de votre proclamation leur plan était promptement exécuté; le bruit général était qu'ils voulaient faire sauter la tête aux principaux patriotes et faire payer la Révolution par les autres.

Par les motifs que j'ai déduits plus haut, j'ai la confiance, Citoyen Premier Consul, que vous daignerez approuver comme principes de ma pétition:

- a) l'unité de la République par un gouvernement ferme et central;
- b) ou le nouveau canton de Burgdorf ou canton de l'Emmen;
- c) l'abolition des droits féodaux.
- d) La restitution au peuple du droit de voter pour l'élection du nouveau gouvernement.

C'est ainsi que vous battrez les Autrichiens et que la victoire restera aux amis des Français. C'est le vœu de la majeure partie du peuple helvétique; c'est le seul moyen de le sauver de sa ruine; nous attendons avec confiance cet acte de protection de notre libérateur; la fortune lui applaudira et la prospérité l'accompagnera.

Je suis avec la plus sincère estime et le plus profond respect, au nom du peuple de l'Emmenthal,

Votre dévoué serviteur

Jb. Kuntz

Paris, le 2 nivôse, an 11 [23 décembre]

Rue Provence, Hôtel Provence n. 29

Ebenda, Bd. 1863, f. 84—87

Randvermerk: «Renvoyé au Citoyen Barthélemy par le Premier Consul»

### 3.

Citoyens Sénateurs et Commissaires,

Le citoyen Kuntz, député de l'Emmenthal, croit devoir ajouter les considérations suivantes à celles qu'il a déjà eu l'honneur de vous présenter.

1. Le pays d'Emmenthal, lors de l'entrée des Français en Suisse, députa à Soleure auprès du Général Schauenbourg, et fit avec lui sa capitulation séparée<sup>1</sup>. Cette démarche a mérité aux habitants de ce pays la malveillance des Bernois; et même depuis la Révolution, ils ont souvent senti s'appesantir sur eux la patte de l'ours.

Encore dernièrement, dans le temps que les Bernois croyaient reprendre leur empire, un patricien âgé disait hautement *qu'on saurait bien trouver ceux qui avaient fait cette capitulation.*

A l'occasion de la dernière insurrection, on leur a fait couper un pont, très long et précieux, bâti sur l'Emmen près de Kilchberg, et cela sans aucune nécessité, puisque le torrent était à sec et qu'on pouvait également le traverser librement. C'était pure vengeance et désir de malfaire.

2. En l'année 1680 la mesure pour le recouvrement de la dîme et du cens fut augmenté d'un 16<sup>e</sup> dans le canton de Berne<sup>2</sup>: la rente foncière a donc été, comme on le voit, complètement rachetée depuis cette époque jusqu'à présent.

La dîme est un impôt qui ne fait qu'opprimer le pauvre laboureur, gêner l'agriculture et entraîner une perception pénible qui ne peut même se faire dans la proportion légitime, comme le prouve le citoyen Pestalozzi dans un traité très détaillé, également applicable à l'Emmenthal.<sup>3</sup>

3. On croit que l'intention des citoyens commissaires était que les députés des cantons se réunissent et s'entendissent pour projeter leurs organisations cantonales. Cependant les députés de Berne n'ont jamais invité le cit. Kuntz à se joindre à eux pour travailler ou délibérer en commun. Il faut donc qu'ils le regardent comme représentant des intérêts séparés des leurs.

4. Et comme le député Kuntz a cru comprendre que la constitution qu'ils ont projetée, loin d'être convenable à son pays, le conduirait au contraire à sa ruine; cela le confirme d'autant plus dans son espérance que l'Emmenthal sera reconnu comme un canton séparé.

Les habitants de l'Emmenthal ne sont point indignes de porter le nom d'enfants de Guillaume Tell. Ce qui les distingue, c'est que dans aucune occasion ils n'ont montré de dispositions défavorables aux Français: ils révèrent le Premier Consul et le regardent comme leur père. En partant, Kuntz a été chargé expressément, par ses commettants, de manifester de tels sentiments au Premier Consul. Il espère donc que ses vœux, ses prières ne seront point rejetés de sa part, c'est-à-dire que l'Emmenthal formera un canton distinct, et que l'1 pour mille de toute propriété remplacera le vide que formera la suppression de la dîme [et] du cens.

Paris, le 30 Xbre 1802

Jb. Kuntz

Ebenda, f. 413—414

<sup>1</sup> Vergl. Heimatbuch, Bd. 2, p. 263.

<sup>2</sup> Urkundlich zu belegen nicht möglich.

<sup>3</sup> Siehe oben S. 140.

*Plan de constitution pour le canton de Berne*  
par le cit. Kuntz, député de l'Emmenthal

C'est une tâche aussi difficile qu'importante de projeter une constitution qui satisfasse à tous les besoins du peuple, à ses diverses prétentions, et qui concilie les différents partis. Néanmoins je propose le projet suivant pour le canton de Berne, d'après la conviction intime que j'ai qu'il sera conforme au vœu de la majeure partie du peuple de ce canton.

1. Le peuple du canton de Berne fonde la constitution de son Etat sur la liberté inaliénable et l'égalité de droits entre les citoyens.
2. La souveraineté réside dans l'universalité des citoyens.
3. Tous les citoyens sont appelés à jouir en commun de la liberté et des droits; au moyen de quoi tout pouvoir arbitraire, tout assujettissement, toutes prérogatives héréditaires et titres honorifiques, sous quelque[s] dénominations qu'ils soient, sont abolis.
4. Tout citoyen du canton peut établir son domicile et demeurer en tel endroit du canton qu'il voudra; il en sera de même des citoyens d'autres cantons, autant que les citoyens du canton de Berne auront le même droit dans les autres cantons.
5. Chaque citoyen jouit dans la ville, bourg ou village de son choix, de la liberté de faire tel commerce qu'il lui plaît, pourvu que ce commerce ne soit pas un empiétement d'un droit de propriété précédemment acquis; car si ce droit repose sur des titres légitimes, son propriétaire peut exiger un dédommagement, comme d'un revenu foncier, lequel dédommagement sera fixé par le Petit Conseil.
6. Il sera établi unité de poids, de mesure et d'aunage dans le Canton.
7. Tout citoyen est soumis à la loi. Aucune loi peut recevoir son exécution qu'elle n'ait été acceptée par le peuple, excepté dans les cas d'urgence; alors elle ne peut valoir au-delà d'une année.
8. Personne ne peut être traduit en justice, pris au corps, être constitué prisonnier ou justicié qu'en vertu de la loi. Celui qui pourra fournir caution suffisante ne pourra être emprisonné.
9. La religion et le culte n'éprouveront aucun empêchement; ils reposent sous la protection des lois. La loi pourvoira à l'entretien convenable des ministres, et chaque commune est chargée de l'entretien du sien.

10. Si une commune se trouve hors d'état de salarier son ministre, le quartier y pourvoira.
11. Les pasteurs seront nommés par le Petit Conseil sur la double présentation du conseil de la Commune, et révocables sur des motifs légitimes.
12. Les instituteurs sont nommés par les autorités qui les salarient.
13. Chaque quartier fera disposer au moins deux maisons de travail, où tous les vagabonds et mendiants seront conduits et assujettis au travail. On peut, par ce moyen, détruire la mendicité et le vagabondage.
14. Tous les biens communaux qui dépasseront les besoins ou dépenses annuelles de la commune seront partagés entre les ayant-droit.
15. Tout citoyen a le droit de communiquer ses pensées, soit verbalement, soit par écrit, soit par voie d'impression.
16. Aucun bienfonds ne peut être déclaré inaliénable, qu'il appartienne soit à un corps, soit à une société ou à une famille.
17. Aucun fonds ne peut être grevé de rente ou servitude dont on ne puisse se racheter.
18. Les cens et dîmes seront abolis d'après le décret du Sénat du 22 Septembre 1802, tel que cela a déjà été mis à exécution dans le canton du Léman.
19. Les impositions nécessaires aux besoins du canton seront acquittées par toutes les possessions de chaque habitant du canton, mais elles ne surpasseront pas un pour mille. La loi peut ordonner des impôts sur le luxe.
20. Chaque autorité locale surveille dans sa commune les revenus appartenant au canton, et les livre franc de port à la caisse du canton.
21. Tout individu qui jouit aujourd'hui du droit de bourgeoisie, en quelque commune que ce soit du Canton, est citoyen du canton et jouit des mêmes droits que le citoyen du lieu; mais seulement tant qu'il ne sera point à charge à cette commune; car sitôt qu'il tombera dans l'indigence, la commune pourra le renvoyer au lieu de sa naissance.
22. La loi statuera sur la formule d'un serment général.
23. Le droit de bourgeoisie se perdra par l'acceptation du droit de citoyen actif en pays étranger.
24. La suspension du droit de bourgeoisie a lieu par
  - a) un jugement de contumace, emportant peine afflictive ou correctionnelle, jusqu'à ce que le jugement soit annulé.
  - b) par l'état d'interdiction juridiquement prononcé.
  - c) par l'état de faillite reconnu par jugement tant que le débiteur n'aura point satisfait ses créanciers.

### *Assemblées primaires*

25. Chaque commune de 100 citoyens actifs peut former une assemblée primaire et procède à l'élection, suivant la loi
  - a) du juge de paix de sa commune;
  - b) des juges au tribunal de district;
  - c) des électeurs au chef-lieu du quartier;
  - d) du consul communal.
26. Pour avoir droit de voter, il faut avoir atteint l'âge de 20 ans et posséder une propriété de la valeur de 500 livres sur le territoire de la commune. Les enfants dont les pères sont propriétaires peuvent donner leur suffrage.
27. Le canton de Berne se divise en quatre quartiers, savoir l'Oberland, y compris la ville de Thoune, chef-lieu; le pays au-dessous de l'Emmen jusqu'au canton de l'Argovie; chef-lieu Kilchberg; le côté droit de la grande route de l'Argovie à Fribourg; chef-lieu Arberg; le côté gauche de la grande route de l'Argovie à Fribourg; chef-lieu Berne.
28. Chacun de ces quartiers envoie au chef-lieu du canton onze éligibles choisis à la majorité des voix dans le corps d'élection de son quartier.

Ces éligibles choisissent, à la pluralité des voix, dans chaque quartier 25 hommes.

Ces cent hommes élisent dans leur sein, le Petit Conseil.

Les 80 restants forment le Grand Conseil.

Ils reçoivent journellement une indemnité de 8 livres. Néanmoins leur traitement ne doit jamais surpasser celui du Petit Conseil.

Le temps de leurs fonctions doit durer 10 ans.

Le temps [sort?] décide de la sortie pour la première année.

Il sort tous les ans deux membres du Petit Conseil et huit du Grand Conseil.

Pour être éligible au Petit Conseil, il faut avoir atteint l'âge de 40 ans, être marié ou l'avoir été.

Pour être admis au Grand Conseil il faut être âgé de 30 ans.
29. Chaque quartier envoie le 1<sup>er</sup> Mai douze éligibles au chef-lieu du canton où ils remplissent les places vacantes.

La loi déterminera à l'avenir plus précisément les limites, afin que chaque quartier soit représenté en proportion de sa population.

Le Petit Conseil rend compte tous les ans aux éligibles, et présente l'état des fonds nécessaires pour l'année suivante.

Les éligibles l'examineront et rejetteront toute dépense inutile.

Ils chercheront à diminuer les impôts d'année en année.



30. Ces éligibles seront payés par leur quartier.
31. Le Conseil de Gouvernement ou le Petit Conseil consiste en 20 membres. Cinq composent le conseil exécutif; cinq forment l'administration centrale; cinq administreront les finances et les domaines cantonaux; cinq sont conseillers d'Etat.  
Si elles [!] sont surchargées de travaux, l'imprimerie du canton expédiera leur besogne; elle est aux ordres de toutes les autorités du canton; la loi chargera une de ces commissions de la surveiller.  
Chaque membre du Conseil de Gouvernement recevra annuellement une indemnité de 2080 L., et chaque commission autant pour son secrétaire.
32. Chaque quartier a le droit de conserver le nombre désigné de ses canons, fusils et munitions de guerre dans l'endroit qui lui conviendra et d'en faire prendre soin.
33. Le Conseil législatif prendra incessamment des notions sur les produits et revenus du canton, et supprimera toutes les dépenses non nécessaires.
34. Outre le Grand et le Petit Conseil, il ne pourra être établie à l'avenir aucune autre autorité cantonale.
35. Le Petit Conseil veille à la sûreté intérieure et extérieure du canton, conformément à la loi.
36. Les membres du Petit Conseil ne peuvent être admis députés à une régence centrale.
37. Le Petit Conseil a sous lui le militaire et il nomme tous les officiers de l'Etat, les agents extérieurs qui ont rapport au canton; ces derniers doivent être pris parmi les membres d'un conseil.
38. C'est aussi lui qui nomme le gouverneur, sur une double présentation de la commune; celui-ci est payé par la commune.
39. Le Grand Conseil (ou en cas qu'il ne soit pas assemblé) le président remplit aussitôt les places vacantes dans le Petit Conseil, avec les membres pris dans le Grand.
40. Le président ou le vice-président du Grand Conseil est toute l'année permanent dans ses fonctions. Durant le temps que les autres membres sont ajournés, il disposera les travaux jusqu'à la rentrée du Conseil.  
Son traitement est le même que celui d'un membre du Petit Conseil.
41. Chaque village, bourg et ville ont un ou plusieurs juges de paix qui doivent être chargés de concilier, autant que possible, les parties. Leur compétence est de 16 L. Le surplus [!] sera déterminé par la loi.
42. Le tribunal de district prononce en deuxième instance dans les cas civils, criminels et de police, et en première dans les cas de paternité contestée. Ce tri-



bunal, y compris le président, est de neuf membres. Sa compétence est de 75 L. On appellera des jugements qui pourront excéder cette somme au Grand Conseil.

Les appels pour les cas de paternité peuvent être portés par devant le Petit Conseil, ainsi que la loi l'ordonnera.

Le traitement de ses membres consistera en émoluments payés par les parties.

43. Après les premiers six mois révolus dès l'acceptation de la présente constitution, les formes des procédures seront simplifiées dans le canton et nul procès ne saura durer au-delà d'un an.

44. et dernier. Sitôt que la présente résolution [!] sera ratifiée, elle sera, par le gouvernement helvétique, présentée à l'acceptation ou [au] rejet du peuple dans le canton de Berne, et sitôt qu'elle aura été acceptée à la pluralité des voix, le gouvernement la fera exécuter.

Nicht signiert

Ebenda, f. 87—91

## 5.

Kunz an die Kommissäre

Le hasard m'ayant appris que vous avez chargé la commission helvétique près du gouvernement français de nommer une commission particulière dans chaque canton de l'Helvétie pour y établir la nouvelle Constitution, j'ai réfléchi combien cette mesure est importante et pour notre liberté future et pour notre prospérité. Je ne puis en conséquence m'abstenir de vous faire quelques observations que mon devoir me dicte à ce sujet.

La section aristocratique vous a présenté les aristocrates les plus furieux.

La section modérée vous a proposé des aristocrates modérés.

Il est démontré par là que l'aristocratie avait [aura] déjà la prépondérance pour l'établissement de la nouvelle constitution. Les membres suivants, Citoyens Sénateurs et Commissaires, vous seront donc proposés par moi pour établir cette nouvelle constitution.

Ce sont les citoyens pour le district de Berne: Gravenried, Ex-représentant de [Bümpliz]. District de Seeland: Kocher, avocat de Büren. District du Landgericht: Münger, ex-sénateur de Schüpfen. District [...?]: Schnell, juge de cassation de Burgdorf. District de l'Oberland: Koch, ex-représentant de Thoune. District de l'Emmenthal: Keyser [Geiser!], ex-préfet de Roqueville.

J'espère que vous voudrez bien les recommander comme tels, conformément au vœu du peuple.

Et même je me démetts de ma mission si les députés d'une portion seulement des citoyens de la ville de Berne qui ne forme qu'un 5<sup>e</sup> du canton, peuvent seuls faire des propositions.

Et comme dans cette commission helvétique, il n'y a aucun membre de notre parti cantonal, quelle n'a de nous nul pouvoir pour quelque chose que ce soit et que conséquemment elle n'est aucunement intéressée à notre bonheur, je proteste contre toute disposition qu'elle pourrait prendre contrairement aux intérêts de la majorité du peuple.

J'ai trop de confiance, Citoyens Sénateurs et Commissaires, en la haute bienveillance qui nous anime pour ne pas espérer que ma demande sera accueillie.

Salut et respect

J. Kunz, député d'Emmenthal

Paris, le 28 Pluviôse, an XI

[17. Febr. 1803]

Paris, Archives des Affaires Etrangères, Suisse, Bd. 480

Berechte Unterfetzung des Schlos vnd  
Stättlin Burchdorff im Argaw gelegen.

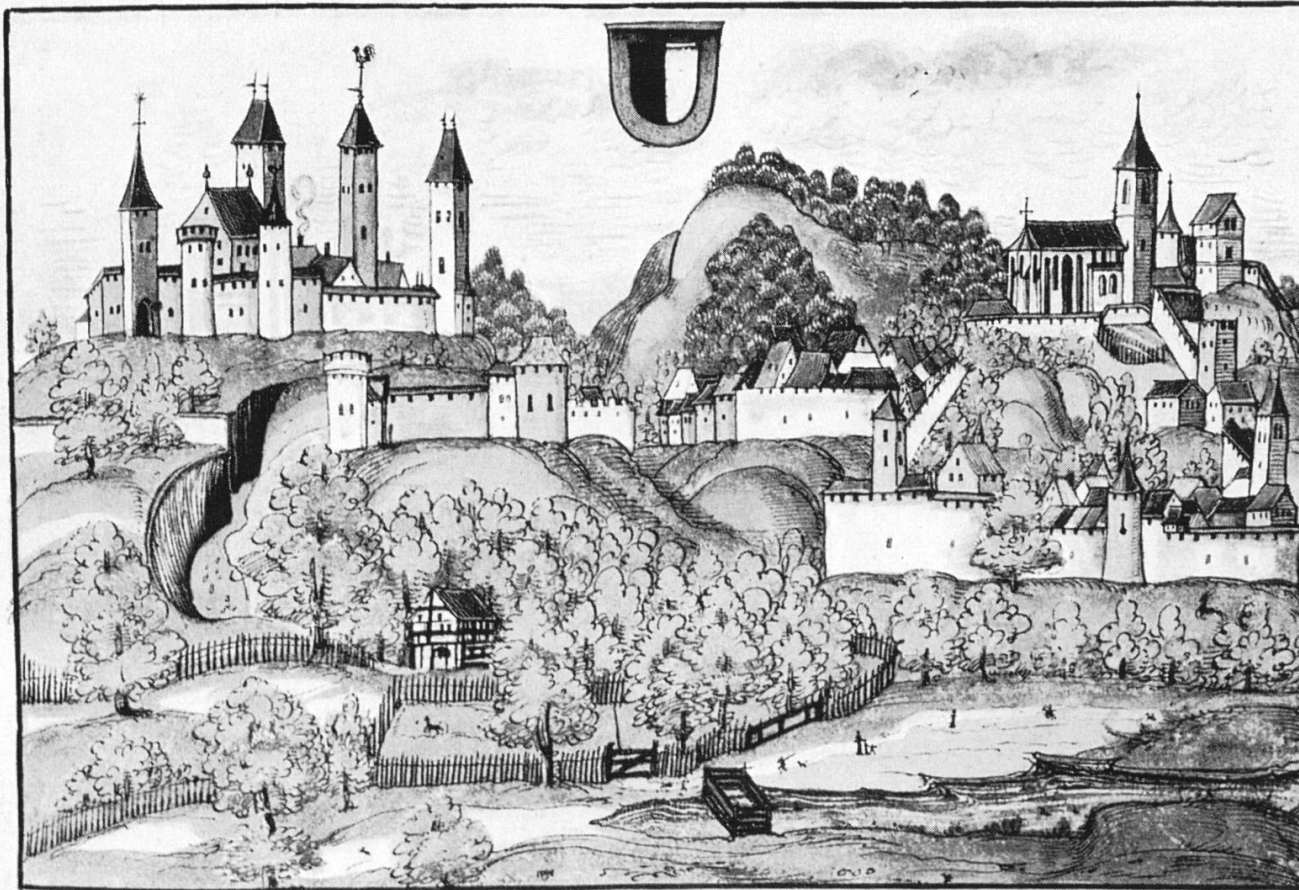


Fig. 196. Buchillustration im Fuggerschen «Ehrenspiegel des Hauses Oesterreich»  
Aquarell von Clemens Jäger, Urschrift in München, 1555



Fig. 197. Buchillustration im Fuggerschen «Ehrenspiegel des Hauses Oesterreich»  
Aquarell von H. Maisfelder und S. Gartner. Kopie in Wien. 1591—1608